

Aktuell

Postulat:

asuw fordert Chancengleichheit für die Schweizer Industrie

GKG-Revision:

Parlament lehnt Vollmacht für den Bundesrat ab

Ausfuhrstatistik:

Weniger Exporte – auch wegen Boykott durch den Bundesrat

Verschärfte Kriegsmaterialverordnung

Schweizer Industrie braucht wieder gleich lange Spiesse

Im Alleingang verschärfte die Schweiz im Dezember 2008 ihr Exportkontrollregime für Wehrtechnik. Auf die Revision der Kriegsmaterialverordnung folgte ein Exportstopp nach Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien – mit einschneidenden Konsequenzen für die Schweizer Industrie. Mit zwei Postulaten fordert der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik den Bundesrat auf, diese Benachteiligung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu beseitigen.

Das Kriegsmaterialgesetz (KMG) und das Güterkontrollgesetz (GKG) sind umfassende Regelwerke für die Belange der Wehrtechnikexporte, die im internationalen Vergleich strikt ausfallen. Sie werden von der Schweizer Exportindustrie seit ihrer Inkraftsetzung vor zwölf Jahren konsequent mitgetragen und umgesetzt, weil die Rahmenbedingungen zwar einschränkend, aber fair und berechenbar sind. Bis zum 12. Dezember 2008 galt diese Unterstützung vorbehaltlos. Doch auf diesen Tag setzte der Bundesrat die Revision der Kriegsmaterialverordnung (KMV) in Kraft, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie stark einschränkt.

Bis Dezember 2008: Individuelle Beurteilung jeder Ausfuhr

Zuvor wurden Ausfuhrgesuche individuell, das heisst länder- und materialspezifisch, nach klaren Kriterien, aber auch mit vernünftigem Ermessensspielraum beurteilt. Die alte Verordnung gab der

Exekutive vor, welche Kriterien bei der Beurteilung von Exportgesuchen zu berücksichtigen sind: die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Situation im Innern des Bestimmungslandes (z.B. Respektierung der Menschenrechte), die Bestrebungen der Schweiz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, das Verhalten des Bestimmungslandes gegenüber der Staatengemeinschaft und die Haltung der Länder, die sich zusammen mit der Schweiz an internationalen Exportkontrollregimes beteiligen (Art. 5, Abs. 1 KMV).

Seit Dezember 2008: Zwingende Ausschlusskriterien

Mit der Revision der Verordnung wurden die bewährten Beurteilungskriterien um fünf zwingende Ausschlusskriterien ergänzt (Art. 5, Abs. 2 KMV). Ist nur eine dieser weit gefassten Bedingungen erfüllt, muss ein Ausfuhrgesuch zwingend abgelehnt werden. Dadurch müssen teilweise auch unbestrittene und

Fortsetzung Seite 2

Editorial



Bundesrat ist in der Pflicht!

Das Schweizer Volk hat im letzten November die Exportverbots-Initiative der GSoA wuchtig abgelehnt. Fast 70% der Stimmenden und alle Kantone haben erneut das ideologisch motivierte Verbot des Wehrtechnikexports unmissverständlich verworfen. Es kann angesichts dieses klaren Verdikts nicht sein, dass die heimische Industrie mit der neuen Kriegsmaterial-Verordnung vom Bundesrat stärker an die Kandare genommen wird, als jene unserer EU-Nachbarn. Damit wird der Volkswille klar missachtet und die Schweizer Wehrindustrie bestraft.

Seit der Bundesrat im Dezember 2008 im Alleingang die Bewilligungskriterien für Wehrtechnik-Exporte verschärft hat, ist die Schweizer Industrie gegenüber der europäischen Konkurrenz klar benachteiligt. Es geht nicht darum, dass man sich mit den grossen und politisch motivierten Rüstungsexporteurern wie Russland, USA oder China gleichstellen will. Aber mit unseren europäischen Partnern wie Deutschland, Italien oder Schweden. Die Ausrede, dass die schmerzhafteste Verschärfung des Exportregimes indirekt den Abstimmungssieg gegen die Exportverbots-Initiative ermöglicht

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung Editorial

habe, ist angesichts der Deutlichkeit des Abstimmungsergebnisses unglaublich unwürdig. Der Bundesrat muss jetzt handeln!

Es ist dringend geboten, dass die Schweizer Exportindustrie rasch möglichst wieder gleich lange Spiesse erhält. Das asuw-Co-Präsidium fordert deshalb mit einem in beiden Räten eingereichten Postulat vom Bundesrat, dass er aufzeigt, wie die Benachteiligung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie beseitigt werden kann. Die Zeit drängt, die Auswirkungen der Benachteiligung der Schweizer Industrie sind bereits spürbar. Die über 10'000 Menschen, für deren Arbeitsplätze wir uns im Abstimmungskampf eingesetzt haben, verdienen weiterhin unser Engagement – und das ihres Bundesrats!



Bruno Frick
Ständerat, Co-Präsident asuw

Fortsetzung Artikel Seite 1

unproblematische Exporte verboten werden. Der Bundesrat hat sich den Entscheidungsspielraum für eine umfassende und individuelle Beurteilung von Ausfuhrgesuchen selber deutlich eingeschränkt. Es ist offensichtlich, dass der Bundesrat wegen des gefühlten Drucks der GSoA-Exportverbots-Initiative und wegen von den Medien hochgespielten Einzelfällen sich zu dieser unilateralen und nicht mit vergleichbaren Exportnationen wie Italien oder Deutschland abgestimmten Verschärfung des Exportregimes hinreissen liess.

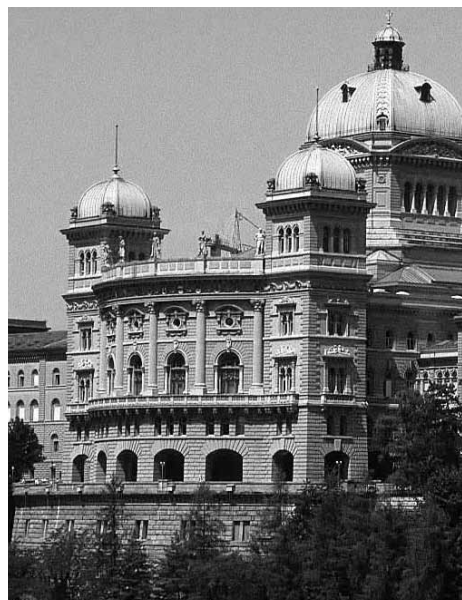
«Präzisierung» ist eine klare Verschärfung

Zwar haben der Bundesrat und das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement bei jeder Gelegenheit betont, bei der KMV-Revision vom 12. Dezember 2008 handle es sich nicht um eine Verschärfung, sondern um eine «Präzisierung» der Bewilligungskriterien. Gemäss der Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements wären alle bisher bewilligten Exporte auch unter den neuen Regeln bewilligt worden. Doch schon drei Monate später, am 25. März 2009, beschloss der Bundesrat, bis auf weiteres keine neuen Bewilligungen für

die Ausfuhr von Sicherheits- und Wehrtechnik nach Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien zu erteilen. Leidtragende sind Schweizer Unternehmen, welche seither Aufträge an Konkurrenten aus dem Ausland verlieren, darunter solche im dreistelligen Millionenbereich.

asuw fordert Remedur

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sind für eine Exportnation wie die Schweiz unerlässlich. Die Co-Präsidenten des asuw, Nationalrätin Sylvie Perrinjaquet (FDP/NE) und Ständerat Bruno Frick (CVP/SZ), haben deshalb während der Juni-Session in beiden Räten ein ähnlich lautendes Postulat eingereicht. Es beauftragt den Bundesrat aufzuzeigen, wie die Benachteiligung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie gegenüber der vergleichbaren internationalen Konkurrenz beseitigt werden kann (siehe Kasten). Mittelfristig fordert der asuw, auf die zwingenden Ausschlusskriterien zu verzichten. Das Schweizer Exportkontrollregime soll wieder werden, was es vor dem Dezember 2008 war: streng und einem hohen ethischen Standard verpflichtet, aber mit gleich langen Spiesen wie die europäische Konkurrenz.



«Lex Pilatus»

Parlament lehnt GKG-Verschärfung ab

Der Nationalrat hat in der Frühjahrs-session die Revision des Güterkontrollgesetzes («Lex Pilatus») behandelt. Er ist dem Antrag der Kommissionmehrheit gefolgt und ist – wie zuvor der Ständerat – nicht auf das Geschäft eingetreten (114:67 Stimmen, 4 Enthaltungen). Damit ist die Revision definitiv vom Tisch.

In der Vernehmlassung wurde die Verschärfung von Parteien und Wirtschaftsorganisationen abgelehnt, namentlich von FDP, SVP, economiesuisse, SWISSMEM, Schweizerischer Gewerbeverband sgV, Centre Patronal, Groupe romand pour le matériel de défense et de Sécurité (GRPM) sowie Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw).

Postulat von Nationalrätin Sylvie Perrinjaquet und Ständerat Bruno Frick

Gleich lange Spiesse für die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie im Vergleich mit der europäischen Konkurrenz

Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen,

1. inwiefern die Schweizer Gesetzgebung und Bewilligungspraxis im Vergleich mit der internationalen Konkurrenz restriktiver sind,
2. wie diese Benachteiligungen der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie beseitigt werden können.

Begründung

Der Bundesrat hat bei mehreren Gelegenheiten zu Recht die Wichtigkeit gleich langer Spiesse für die Schweizer Wehrtechnik betont, etwa bei der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse oder im Rahmen des Abstimmungskampfes zur GSoA-Exportverbots-Initiative, die am 29. November 2009 vom Stimmvolk wuchtig verworfen wurde. Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen in zunehmend internationalen und vernetzten Märkten sind für eine Exportnation wie die Schweiz unerlässlich.

Bis Dezember 2008 orientierte sich das Schweizer Exportkontrollregime an den Regeln der europäischen Partnerstaaten. Die strengen, aber transparenten und verlässlichen Regeln entsprachen den Ansprüchen internationaler Standards, insbesondere dem Verhaltenskodex der Europäischen Union.

Mit dem Inkrafttreten der revidierten Kriegsmaterialverordnung am 12. Dezember 2008 verschärfte die Schweiz ihr Exportkontrollregime massiv. Sie tat dies im Alleingang. Die einschneidenden Bestimmungen, insbesondere von Artikel 5 Absatz 2 der KMV, haben bereits negative Konsequenzen auf Ausfuhrbewilligungen, unter anderem nach Pakistan, Saudi Arabien und Ägypten gezeitigt, die sich von der früheren Praxis – d.h. vor der Verschärfung – klar unterscheiden. Die Schweizer Industrie sieht sich mit einem signifikanten Wettbewerbsnachteil konfrontiert.

Autoren und Mitunterzeichner:



Nationalrätin
Sylvie Perrinjaquet
(FDP, NE)



Ständerat
Bruno Frick
(CVP, SZ)



Ständerat
Hans Altherr
(FDP, AR)



Ständerat
Peter Briner
(FDP, SH)



Ständerat
Pankraz Freitag
(FDP, GL)



Ständerat
Hans Hess
(FDP, OW)



Ständerat
Alex Kuprecht
(SVP, SZ)



Ständerat
Theo Maissen
(CVP, GR)



Ständerat
Paul Niederberger
(CVP, NW)



Ständerat
Rolf Schweiger
(FDP, ZG)

Ausfuhrstatistik

Weniger Exporte – auch wegen Boykott des Bundesrats

Die Schweiz verkaufte im ersten Halbjahr 2010 rund 12 Prozent weniger Kriegsmaterial ins Ausland als in den ersten sechs Monaten 2009. Der Großteil von Schweizer Rüstungsgütern wird in europäische und westlich orientierte Länder exportiert, die wie die Schweiz allen vier internationalen Exportkontrollregimes angehören. Auf Rang eins etwa liegt Deutschland, das seine Soldaten der ISAF-Mission in Afghanistan mit Mowag-Fahrzeugen aus Kreuzlingen schützt, gefolgt von Saudi-Arabien mit defensiven Flugabwehrsystemen und Grossbritannien.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco gibt als Gründe für den Rückgang der Exporte die Konjunkturkrise und den schwachen Euro-Wechselkurs an. Unterschlagen wird die Tatsache, dass auch der bundesrätliche Exportstopp nach Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien für ausbleibende Aufträge verantwortlich ist.



Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik schützt weltweit Polizisten, Soldaten und internationale Friedenstruppen. Hier im Bild ein geschütztes Ambulanzfahrzeug EAGLE der Firma GDELS-Mowag GmbH.

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw)

Unsere Ziele

Die Mitglieder des Arbeitskreises haben eine realistische, auf die heutigen Gefahren und Chancen zugeschnittene Sicherheitspolitik zum Ziel. Sie setzen sich dafür ein, dass die Schweizer Politik die zur Umsetzung nötigen materiellen, personellen und technologischen Ressourcen sicherstellt.

Insbesondere ist den Mitgliedern der Erhalt einer adäquaten Industrie- und Technologiebasis für die materielle und technologische Bewältigung der künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen ein Anliegen.

Der Arbeitskreis und seine Mitglieder wollen insbesondere:

- mit geeigneter Aufklärung dazu beitragen, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung einer adäquaten nationalen Wehrindustrie als Teil der Schweizer Industriebasis im Bewusstsein von Gesellschaft und Politik zu verankern;
- die Schweizer Politik dazu anhalten, ausreichende industrielle Kapazität in der Schweiz zu erhalten und die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass wirtschaftliche Unternehmensführungen im Bereich Wehrtechnik weiterhin möglich sind;
- sich für gesetzgeberische Rahmenbedingungen einsetzen, welche der Schweizer Wehrindustrie in staatlichem oder privatem Besitz die wirtschaftliche Existenz in der Schweiz ermöglichen.

Unsere Leistungen

Der Arbeitskreis und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele durch Informationsarbeit in Form von:

- Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen,
- Vorträgen, Informationsanlässen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

Unsere Finanzierung

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik finanziert sich durch Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Unsere Publikationen
Finden Sie unter: www.asuw.ch

Redaktion und Umsetzung:
Geschäftsstelle asuw

Sie erreichen uns unter:
Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw),
Postfach 65, 8024 Zürich
Internet: www.asuw.ch, E-Mail: info@asuw.ch
Telefon: 044 266 67 46 oder Fax: 044 266 67 00

Unser Präsidium

Sylvie Perrinjaquet, Nationalrätin FDP, NE
Bruno Frick, Ständerat CVP, SZ

Unsere Mitglieder

Hans Altherr, Ständerat FDP, AR
J. Alexander Baumann, Nationalrat SVP, TG
Roland Beck, Chefredaktor ASMZ
Stefan Bieri, ehem. Vizepräsident ETH-Rat
Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
Markus Blass, Präsident SOGART
Peter Briner, Ständerat FDP, SH
Martine Brunschwig Graf, Nationalrätin FDP, GE
Jakob Büchler, Nationalrat CVP, SG
Rolf Büttiker, Ständerat FDP, SO
Hermann Bürgi, Ständerat SVP, TG
Hervé De Weck, ehem. Chefredaktor RMS
Peter Dietrich, Direktor Swissmem
Josef Dittli, Regierungsrat FDP, UR
Corina Eichenberger, Nationalrätin FDP, AG
Eduard Engelberger, Nationalrat FDP, NW
Charles Favre, Nationalrat FDP, VD
Peter Forster, Chefredaktor Schweizer Soldat

Jean-René Fournier, Ständerat CVP, VS
Bruno Frick, Ständerat CVP, SZ
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin CVP, LU
Ursula Haller, Nationalrätin BDP, BE
Ernst Hasler, alt Regierungsrat SVP, AG
Brigitte Häberli-Koller, Nationalrätin CVP, TG
Hans Hess, Ständerat FDP, OW
Stefan Holenstein, Vorstandsmitglied SOG
Gabi Huber, Nationalrätin FDP, UR
Thomas Hurter, Nationalrat SVP, SH
Markus Hutter, Nationalrat FDP, ZH
Robert Keller, alt Nationalrat SVP, ZH
Alex Kuprecht, Ständerat SVP, SZ
Daniel Lätsch, Direktor MILAK
Arthur Liener, Generalstabschef a D
Filippo Lombardi, Ständerat CVP, TI
Peter Malama, Nationalrat FDP, BS
Alfred Markwalder, ehem. Rüstungschef
Werner Messmer, Nationalrat FDP, TG
Christian Miesch, Nationalrat SVP, BL
Walter Müller, Nationalrat FDP, SG
Paul Niederberger, Ständerat CVP, NW
Guy Parmelin, Nationalrat SVP, VD
Sylvie Perrinjaquet, Nationalrätin FDP, NE
Urs Ramseier, ehem. Präsident Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee (STA)
Stéphane Rezzo, Unternehmer
Urs Rinderknecht, Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)
Jean-François Rime, Nationalrat SVP, FR
Ulrich Schlüer, Nationalrat SVP, ZH
Carlo Schmid-Sutter, alt Ständerat CVP, AI
Johann N. Schneider-Ammann, Nationalrat FDP, BE
Pius Segmüller, Nationalrat CVP, LU
Luzi Stamm, Nationalrat SVP, AG
Philippe Stähelin, Ständerat CVP, TG
Christian Wasserfallen, Nationalrat FDP, BE
Andreas Richner, Geschäftsführer